74. Was ist unter der im §. 377 Z. 1 St.P.D. als Revisionsgrund aufgestellten vorschriftsmäßigen Weisung des erkennenden Gerichtes zu verstehen?

Bgl. Bd. 1 Nr. 124, Bd. 2 Nr. 17.

I. Straffenat. Ur. v. 8. Juli 1880 g. H. Rep. 1857/80.

I. Landgericht Breslau.

Der Staatsanwalt begründete die Revision unter Bezugnahme auf die Generalakten des Landgerichtes mit der Behauptung, daß der Landgerichtsrat L., welcher an der betreffenden Hauptverhandlung teilgenommen, weder ständiges Mitglied (G.W.G. §. 62), noch regelmäßiger Vertreter für Verhinderungsfälle eines solchen in der I. Strafkammer, welche das Urteil abgegeben habe, sondern durch den Justizminister als Untersuchungsrichter für das laufende Jahr (G.W.G. §. 60) bestellt sei, und fand in seiner Mitwirkung eine Verletzung des §. 377 Z. 1 St.P.D. Die Revision wurde jedoch verworfen aus folgenden

Gründen:

„Ausweislich des Protokolles über die öffentliche Sitzung der I. Strafkammer des Landgerichtes zu Breslau und des in dieser Sitzung gegen den Angeklagten ergangenen Urteiles vom 3. Mai ds. Jz. ist das erkennende Gericht vorschriftsmäßig mit fünf Mitgliedern des

Landgerichtes einschließlich des Vorsitzenden besetzt gewesen. Damit ist die Anfechtung des Urteils auf Grund des §. 377 Ziff. 1 St.P.D. im vorliegenden Falle ausgeschlossen. Ob die für die Bildung der betreffenden Strafkammer maßgebenden Dienstvorschriften gewahrt seien, ob insbesondere der als beisitzender Richter in Amtsthätigkeit gewesene Landgerichtsrat L., wie die Revision des Staatsanwaltes bestreitet, ständiges Mitglied der I. Strafkammer oder nach §. 62 G.B.G.'s für den Fall der Verhinderung eines solchen als regelmäßiger Vertreter bestimmt, bezw. in der ordentlichen Reihenfolge der Vertreter zu der in Rede stehenden Sitzung berufen ist, erscheint für die Rechtsgültigkeit des unter seiner Mitwirkung ergangenen Urteiles gleichgültig. Daß die für die volle Unabhängigkeit der Richter erforderlich erachteten Garantievorschriften bei der Besetzung der einzelnen Kammern und Senate von der entscheidenden Justizverwaltungsstelle gehandhabt worden, kann nicht Gegenstand einer Erörterung in Anlaß eines Rechtsmittels in der einzelnen Spruchsache werden. Das pflichtmäßige Verfahren bei den entsprechenden Anordnungen und Amtsverrichtungen muß in dieser Beziehung ebenso wie in anderen für die Berufsausübung wesentlichen vorgezeichnet werden, und im vorliegenden Falle um so mehr, als der §. 66 G.B.G.'s auch eine zeitweilige Vertretung durch einen nicht regelmäßigen Vertreter ermöglicht und eine Konstatierung des Eintrittes solcher Bestimmung, bezw. des Vorhandenseins ihrer Voraussetzung in den einzelnen zur Verhandlung kommenden Sachen, nicht vorgeschrieben ist.“